
POLITIK, WIRTSCHAFT UND
GEWERKSCHAFTEN IM
DEUTSCHEN REICH 1914–1918

Rezension von: Wolfgang Michalka
(Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg.
Wirkung, Wahrnehmung, Analyse,*
Serie Piper 1927, München 1994,
1062 Seiten, DM 44,90.

Achtzig Jahre nach dem Kriegausbruch zieht dieser Sammelband eine Bilanz der Forschung. Probleme der internationalen Beziehungen, der Politik, der Wirtschaft, des gesellschaftlichen Wandels und der Ideologie werden vergleichend untersucht.

Die ersten beiden Teile des Bandes befassen sich mit politischen und militärischen Fragen. Unter den vielen ausgezeichneten Beiträgen ragt der Aufsatz des britischen Historikers John C. G. Röhl „Vorsätzlicher Krieg? Die Ziele der deutschen Politik im Juli 1914“ heraus.

Aus Forschungsbeiträgen, die in den letzten Monaten veröffentlicht wurden, wird klar, daß selbst zur intensiv untersuchten Vorgeschichte des Kriegausbruchs noch nicht das letzte Wort der Historiker gesprochen ist. Dies gilt beispielsweise für die Haltung, Vorstellungen und strategischen Überlegungen der deutschen militärischen Führung zum Krieg.

Bis vor kurzem war die dominante Meinung, daß der Generalstabschef Moltke und auch die politische Führung des Deutschen Reiches den Schlieffenplan als einzige Chance betrachteten, einen Zweifrontenkrieg durch eine schnelle Entscheidung im Westen siegreich durchzustehen. Die militärische Führung habe der Illusion des kurzen Krieges nachgegeben, die im realitätsfernen Glauben an die Überlegenheit der Offensive im mo-

deren Krieg alles auf die eine Karte des Schlieffenplanes setzte. Der Schweizer Historiker Stig Förster (Universität Bern) erschüttert diese Meinung aufgrund von Aktenfunden im bis 1989 nahezu unzugänglichen Militärarchiv der DDR und von Neuinterpretationen bekannter Quellen. Es stellt sich heraus, daß die führenden Militärs keinen kurzen Krieg erwarteten und zutiefst pessimistisch waren.

Bereits 1910 herrschte im Generalstab Zweifel daran, daß der Schlieffenplan ein sicheres Konzept zur raschen Ausschaltung der französischen Armee sein würde. Der etwas geänderte Operationsplan sollte vielmehr nur den ersten Zug in einem langwierigen Krieg darstellen und dabei der französischen Armee so schwere Schläge versetzen, daß das Deutsche Reich eine günstige Ausgangsposition für einen Kampf mit unabsehbarem Ende erlangen würde.

Die militärischen Führer besaßen mithin durchaus realistische Vorstellungen über den katastrophalen Charakter des bevorstehenden Krieges. „Daß sie sich dennoch auf ein derart selbstmörderisches Unterfangen einließen, ja die Herbeiführung der Katastrophe mit vollem Bewußtsein anstrebten, kann daher nur noch als geradezu verbrecherische Unverantwortlichkeit bezeichnet werden.“ (1)

Im dritten Teil des Bandes („Kriegswirtschaft und Wirtschaftskrieg“) befaßt sich Manfred Zeidler mit der deutschen Kriegsfinanzierung und ihren Folgen, vor allem ihrem Einfluß auf die Preisentwicklung. Im deutschen Inflationsjahrzehnt 1914–1924 sind drei Phasen zu unterscheiden: die Kriegsinflation 1914–1918, die Demobilisierungsinflation 1919–1921 und die hyperinflationäre Phase 1922/23, die zum völligen Kollaps der deutschen Währung führte.

Daß die Geschichte der deutschen Inflation im Jahre 1914 beginnt, ist für die wirtschafts- und finanzgeschicht-

liche Forschung schon seit langem unstrittig. Immerhin verdoppelte sich der Index der Großhandelspreise während der Kriegsjahre (von 1913 = 1 auf 1918 = 2,17). Damit war bereits eine einschneidende Entwertung der Geldvermögen eingeleitet und die Kaufkraft all jener halbiert, die von regelmäßigen Einkommen aus festgelegten Geldvermögen lebten.

Ausschlaggebend war, daß die Reichsregierung – anders als etwa Großbritannien und die USA – darauf verzichtete, einen nennenswerten Anteil der Kriegskosten durch Steuererhöhungen zu decken. Vielmehr setzte sie auf inflationsträchtige Maßnahmen. Erstens legte sie Kriegsanleihen auf, zweitens erhöhte sie am Rande der finanzrechtlichen Legalität das zirkulierende Geldvolumen:

Per Gesetz wurden alle Kreditinstitute verpflichtet, Reichskassenscheine in Zahlung zu nehmen, die, bei der Reichsbank jederzeit diskontierbar, damit zu gesetzlichen Zahlungsmitteln erklärt wurden. Gleichzeitig wurden auch andere kurzfristige Staatspapiere wie Reichsschatzwechsel und -schatzanweisungen mit einer Laufzeit bis zu drei Monaten für bankfähig erklärt und soliden Handelswechseln gleichgestellt. Die folgenswerste Maßnahme stellte die Einrichtung von Darlehenskassen und deren Recht, sogenannte Darlehenskassenscheine zu verausgaben, dar. Die Darlehenskassen waren letztlich nichts anderes als Notenbanken und ihre Darlehenskassenscheine Banknoten. Durch die im Prinzip unbegrenzte Manipulation der Deckungsaktiva mittels Einrechnung von Staatspapieren war die formal aufrechterhaltene Golddritteldeckung der deutschen Währung zur Farce geworden.

Das Finanzierungskonzept sah vor, daß die Kriegsanleihen den durch die Notenpresse entstehenden Kaufkraftüberhang abschöpfen und den Zwecken der Kriegsführung zuführen würden. Die durch die schnelle Ver-

mehrung kurzfristiger staatlicher Schuldtitel geschaffene schwebende Schuld des Reiches sollte umgehend in eine langfristig konsolidierte Anleihe-schuld umgewandelt werden.

In den letzten zwei Kriegsjahren ließ sich die bisherige Praxis, den Notenbankkredit nur zur Vorfinanzierung der Kriegskosten vor dem Eingang der nächsten Kriegsanleihe in Anspruch zu nehmen, nicht länger durchhalten: Der Notenbankkredit wurde selber in wachsendem Maße zur direkten Kostendeckung notwendig.

Am Kriegsende war bei einem realen Gesamtertrag der Kriegsanleihen von 97 Milliarden Mark etwa ein Drittel der gesamten Kriegskosten von rund 160 Milliarden Mark unkonsolidiert. Steuerermehreinnahmen brachten nur rund zehn Milliarden Mark ein.

Mit der Niederlage von 1918 zerstoben die letzten Illusionen, diesen Schulden- und Papiergeldberg durch Reparationen der Kriegsgegner abtragen zu können. Einen radikalen Währungsschnitt, welcher die Enteignung der Geldrentenbezieher und Kriegsanleihenzeichner bedeutet hätte, konnte sich die republikanische Regierung politisch nicht leisten. Zudem hätte ihr ein solcher Kurs jene Gelder vorenthalten, die sie zur Bewältigung der dringenden Kriegsfolgelasten (Kriegsopferentschädigungen, Fürsorgeleistungen), der routinemäßig anfallenden Staatsausgaben (Beamtengehälter etc.) und der Umstellung auf die Friedenswirtschaft (Subventionen, Kreditzuschüsse) benötigte. Durch diese Leistungen, die inflationär finanziert wurden, stieg der Index der Großhandelspreise 1919 auf 4,15 und 1920 auf 14,86. Dieser Inflationsschub ermöglichte auf den Gebieten der Demobilmachung und der Wirtschaftsförderung kurzfristige, wenngleich trügerische Erfolge: Während die Siegermächte in eine Nachkriegsrezession gerieten, waren in Deutschland die Erholung der Wirtschaft und die Vollbeschäftigung gesichert.

1922 mußte bereits mehr als die Hälfte der Staatsausgaben durch die Notenpresse finanziert werden. Der Index der Großhandelspreise sprang von 19,11 im Jahr 1921 auf 341,82. Der letzte Schritt ins Chaos erfolgte nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen im Jänner 1923: Der passive Widerstand ebendort wurde per Notenbank finanziert. Damit ging ein völliger Vertrauensverlust auf den Devisenmärkten einher. In der Folge nahm der Geldwertverlust astronomische Dimensionen an, so daß die Papiermark immer mehr ihre Funktion als Zahlungsmittel verlor. Der Index der Großhandelspreise hatte im Jänner 1923 schon 2783mal höher als 1913 gelegen und stieg bis Dezember 1923 auf das 1261-Milliardenfache des Standes von 1913 an.

Eine Stabilisierung der deutschen Währung gelang erst 1924 nach der Regelung der Reparationen im Dawes-Plan.

Der vierte Teil des vorliegenden Sammelbandes („Die umstrittene Volksgemeinschaft“) umfaßt mehrere Beiträge zur Haltung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen im Deutschen Reich während des Krieges. Der Mannheimer Historiker Klaus Schönhoven behandelt die Kriegspolitik der Freien Gewerkschaften.

Anfang August 1914 einigten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaften rasch auf die Politik des Burgfriedens. Diese beinhaltete zunächst die Einstellung aller Arbeitskämpfe und die Zusammenarbeit mit den Behörden hinsichtlich kriegswirtschaftlicher Maßnahmen. Die Erwartungen, welche die Gewerkschaftsführung mit dieser Strategie verband, waren sozialpolitische Zugeständnisse des Staates, eine Reform des Arbeitsrechts, die Anerkennung als Tarifvertragspartner, der Rückzug des Staates und der Unternehmer aus ihrer prinzipiellen Ablehnung der Gewerkschaften.

Die Reichsleitung mußte an konfliktfreien Beziehungen zu den Arbeit-

nehmervertretungen interessiert sein, denn ohne deren Kooperation war die „Heimatfront“ nicht ruhig zu halten. Die einzelnen Verbände wurden in zunehmendem Maße in die Gesamtverantwortung für die soziale und wirtschaftliche Kriegsführung einbezogen: Gewerkschaftsgremien arbeiteten mit der Militär- und Ministerialbürokratie zusammen, um Ernährungsprobleme, Fragen der Arbeitsbeschaffung und des Arbeitskräfteeinsatzes zu lösen, Hilfsprogramme für Kriegsverletzte und Hinterbliebene zu gestalten usw.

Auch die Unternehmer und deren Verbände waren zu Zugeständnissen gezwungen. Im Jänner 1915 wurde der „Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins“ gegründet, dessen Aufgabe darin bestand, Streitfälle bei Kündigungen und Stellenwechsel zu schlichten, um auf diese Weise zur termingerechten Abwicklung von Heeresaufträgen beizutragen. Die Einrichtung vergleichbarer Ausschüsse, in denen Arbeit und Kapital erstmals gleichberechtigt vertreten waren, erfolgte auch in anderen wichtigen Industrieregionen.

Die Durchführung des „Hindenburg-Programms“ ab Herbst 1916 erforderte vom Staat und von den Industriellen weitere Zugeständnisse gegenüber den Gewerkschaften. Dieses ehrgeizige Rüstungsprogramm beruhte auf einer umfassenden Militarisierung des Arbeitsmarktes, welche die Aufhebung der freien Arbeitsplatzwahl und die Arbeitspflicht für alle Männer zwischen 17 und 60 Jahren beinhaltete. Derartig fundamentale Eingriffe waren ohne Konsens nicht zu verwirklichen.

Mit dem im Dezember 1916 verabschiedeten Hilfsdienstgesetz wurden mehrere gewerkschaftliche Forderungen erfüllt: die Schaffung von paritätisch besetzten Schlichtungsausschüssen in allen Wirtschaftszweigen, die Einrichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen in allen größeren kriegswichtigen Betrieben, die

Gründung eines gewerkschaftlichen Vertrauensmännerrats als Kontrollgremium beim neuen Kriegsamt. „Mit dem Erlaß dieses Gesetzes war für die Gewerkschaften ein jahrzehntelanger Kampf um staatliche Anerkennung abgeschlossen“ (S. 683).

Vor allem die Einberufungen zum Militärdienst lösten einen dramatischen Mitgliederrückgang in den Jahren 1914 bis 1916 aus. Am Jahresende 1916 hatten die Freien Gewerkschaften sechzig Prozent weniger Mitglieder als im Juli 1914.

Durch den Verzicht auf Kongresse in vielen Verbänden riß die Kommunikation zwischen den Vorstandsgremien und den Mitgliedern weitgehend ab. Lange Zeit unterschätzten die Führungsinstanzen daher die wachsende Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft. Bereits 1915 zeigten Lebensmittelenruhen und spontane Streiks den Unmut über die zugemuteten Entbehrungen an. In den beiden letzten Kriegsjahren gerieten die Gewerkschaften in eine immer schwierigere Situation: Einerseits verschlechterte sich die Stimmung in den Belegschaften dramatisch, was in Massenstreiks zum Ausdruck kam; andererseits nahm der Obrigkeitsstaat die Gewerkschaften in die Pflicht und verstärkte ihre Funktion als Disziplinierungsinstrumente.

Gleichzeitig sorgten die neugewonnenen Machtpositionen in den Betrieben, insbesondere in den Schwer- und Rüstungsindustrien, für einen starken Mitgliederzustrom. Die Zahl der Mitglieder in den Freien Gewerkschaften stieg von Anfang 1917 bis Herbst 1918 um mehr als fünfzig Prozent auf 1,4 Millionen. Trotz der Spaltung der SPD gelang es dem freigewerkschaftlichen Dachverband, seine Einheit zu wahren.

Der „Kohlrübenwinter“ 1916/17 wurde zum Auslöser mehrerer Wellen von Massenstreiks (Jänner 1917, April 1917, Sommer 1917, Jänner 1918). Der Höhepunkt wurde dabei im Jänner 1918 erreicht, als nahezu alle Rüs-

stungsbetriebe im gesamten Reich stillstanden und die Zahl der Streikenden die Millionengrenze überschritt. „In Deutschland hatte sich eine Massenbewegung entwickelt, in der wirtschaftliche Not und politische Unzufriedenheit eine vorrevolutionäre Situation schufen“ (S. 686).

Der massenwirksamen Parole „Brot und Frieden“ hatte die Gewerkschaftsspitze nichts entgegenzusetzen, weil sie keine Reformfortschritte in der Sozialpolitik, bei der Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen und der Parlamentarisierung des Reiches vorweisen konnte. Dennoch kündigte sie den Burgfrieden nicht auf; sie wollte erstens ihre neugewonnene Position als Verhandlungspartner des Staates und der Unternehmer nicht gefährden und fürchtete zweitens die sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer vollständigen militärischen Niederlage des Reichs.

Mit einem rapiden Autoritätsverfall der verfassungsmäßigen Organe und einer radikalen Massenbewegung konfrontiert, behielten die Gewerkschaften ihre reformistische Orientierung bei und intensivierten die Zusammenarbeit mit den Unternehmern im Rahmen der im November 1918 gegründeten Zentralarbeitsgemeinschaft.

Die beiden letzten Teile des Sammelbandes schließlich befassen sich mit der Kriegspropaganda („Der Krieg der Ideen“) und den Forschungsschwerpunkten in einzelnen Ländern.

In kompakter und preisgünstiger Form bietet dieses Taschenbuch eine ungewöhnlich breite Palette an Beiträgen überwiegend sehr hoher Qualität. Allen historisch Interessierten, die über ein gewisses themenspezifisches Grundwissen verfügen, ist der Band ohne Vorbehalte zu empfehlen.

Michael Mesch

Anmerkung

- (1) Stig Förster, Mit Hurra und vollem Bewußtsein in die Katastrophe, in: Frankfurter Rundschau (9. August 1994) 10.